

# Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen  
für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

1912. Nr. 475. **Zweite Ausgabe** Dienstag, 8. Oktober 1912.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.  
Telefon 105 u. 158; Telephon Telephon 1272.  
Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Geschäftsstelle für die Provinz Sachsen in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.  
Telefon 105 u. 158; Telephon Telephon 1272.  
Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 90.  
Telephon Amt Karlsruh Nr. 6290.  
Druck und Verlag von C. F. W. Meyers in Halle a. S.

## Die Reichstagssehnsucht der Sozialdemokratie.

Die Regisseure des „Vorwärts“ haben vor einigen Tagen ein Sensations- und Spektakelstück auf den Theatertisch gelegt, das sie für sehr zugrifflich hielten. Der Titel lautet: „Eindringung des Reichstags“, und die Sozialdemokratie gebraucht damit die stärkste von ihren Waffen, die der höchsten und höchsten Partei in Chemnitz kalt und gleichgültig gelassen hat, in Bewegung zu bringen. Quasi war es die Fleischsteuerung, die nach der Ansicht des führenden sozialdemokratischen Organs den sofortigen Zutritt des Reichstags erhoffte. Als das nicht genug Eindruck machte, auch auf die Berliner Arbeiterbevölkerung nicht, die zum letzten Protestversammlungen füllte, aber sich für den geplanten Straßenparade nicht recht erwärmen mochte, mußte die Zustimmung der Lage am Balkan dazu herhalten, ein Argument mehr für die sozialdemokratische Forderung zu bilden. Auch damit hatte der „Vorwärts“ kein Glück. Und das ist nur recht und gut. Nur so kann für die Sache des Friedens und noch mehr für Deutschlands Ansehen und Waffenhreie etwas geteilt werden, als wenn Herr Ledebour, der große Stratege von der einmündigen Wappel, seine Geister in den Sitzungssaal des Reichstags schleudert, oder wenn irgendein General der roten Garde sein Abrüstungsprogramm vor dem Stapel läßt, ganz abgesehen davon, daß die Reichsversammlung dem Anspruch der Sozialdemokratie, in der Frage über Krieg und Frieden sich zum Vorbund des deutschen Volkes aufzuwerfen, noch immer entgegensteht.

So bleibt der Sozialdemokratie schließlich nichts übrig, als Frohe zu bekennen. Und nun setzt sich die denkwürdige „Auswegungs“-Politik der „Vorwärts“ und „Waffen“ die Kritik der internationalen Lage, alles das ist Nebenhand und nur Mittel zum Zweck. Hauptliche aber ist und Endzweck ist, daß den sozialdemokratischen „Vorkämpfern“ Gelegenheit geboten wird, im Reichstag gleich heimlich, d. h. noch vor dem Beginn der Sitzungen des Abgeordnetenhauses, die preussische Wahlrechtsfrage zur Sprache zu bringen. Der „Vorwärts“ nennt es eine „freie Verhöhnung des deutschen Volkes, wenn dem preussischen Vorkämpfer früher Gelegenheit zu sprechen wird, über diese wichtige Meißungsangelegenheit zu sprechen, als dem deutschen Reichstag“. Würde der Forderung stattgegeben, so wäre damit lediglich der Sozialdemokratie, nicht der Sache gebiert. Die Sozialdemokratie will die preussische Wahlrechtsfrage zur Reichsangelegenheit stempeln. Das ist sinnlos, denn mit demselben Rechte sollte der Reichstag auch zu dem neuen bayerischen und sächsischen Wahlrecht sein Wort abgeben müssen. Das zu fordern, ist der Sozialdemokratie nicht entfallen! Freuen, ja, das ist ganz etwas anderes! Denn wenn wir Preußen haben, haben wir alles — laut der Arbeiterbewegung.

Was die Forderung selbst betrifft, so wird kein vernünftiger Mensch auch nur daran zu denken wagen, daß ein zweiter Versuch zu einer preussischen Wahlrechtsreform zu einer Zeit unternommen werden könnte, wo der Landtag am Ende einer Legislaturperiode steht und seine Tagung, außer durch die immer umfangreicher und wichtiger werdende Gatschberatung, durch drei große Gesehe, darunter ein von der Bedeutung des Wasserseges, belastet ist. Die Reform soll doch, wenn sie kommt, dem preussischen Staat zu einem Wahlrecht verhelfen, das Generationen überdauert, das in der Sicherung der Staatsautorität, in der Erwerbung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Fortschritte sich mindestens ebenso behauptet wie das bestehende Wahlrecht. Keine Staatsgewinnung und vaterländisches Pflichtgefühl, nicht aber Klassenkampf und Volkerverwundung sind die Wege, die zum Ziele führen. Um den Bedarf der Sozialdemokratie an Unzufriedenheit und politischer Erregung zu decken, dazu ist die preussische Wahlrechtsreform, die dringende Aufgabe der Gegenwart“, denn doch nicht da.

## Der Deutsche Städtetag über die Fleischsteuerung.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages traf am 7. Oktober im Rathaus zu Köln zu einer Sitzung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde der Oberbürgermeister von Berlin Wermuth gewählt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung bildete die Fleischsteuerungsfrage. Der Vorstand nahm zu der Massnahmen der Regierungen Stellung und folgte folgenden Beschlüssen:

1. Der Vorstand kann es nicht als die Aufgabe der deutschen Städte ansehen, dauernd in die Preisgestaltung der Nahrungsmittel einzugreifen und Mängel der Wirtschaftspolitik durch formale Maßnahmen auszugleichen.
2. Der Vorstand nimmt an, daß die deutschen Städte unter Wahrung des vorstehend ausgedrückten grundsätzlichen Standpunktes und in Würdigung der vielerorts herrschenden Notlage geneigt sein werden, auf dem Boden der inzwischen von der preussischen Staatsregierung be-

schränken und von den anderen Bundesregierungen vorwiegend gleichartig zu treffenden Maßnahmen eine Abschwächung der zuletzt beschriebenen Fleischsteuerung zu versuchen. Nach den bisher vorliegenden Erfahrungen und Informationen glaubt der Vorstand allerdings, einen durchschlagenden Erfolg dieser Versuche bezweifelnd zu müssen.

3. Unter Hinweis auf die Befürchtung beschließt der Vorstand, in einer erneuten Session an den Reichstag darauf hinzuwirken, daß nach Ansicht des Vorstandes die notwendige dauernde Entlastung des Fleischmarktes nur von der Einführungserlaubnis für Getreidefleisch und damit von einer Aufhebung der Milderung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes zu erhoffen ist.

4. Der Vorstand wird in Kürze nochmals zusammentreten, um über den Erfolg der bisherigen Maßnahmen und etwaige weitere Maßnahmen zu beraten. Zum Tagungsort des nächsten Städtetages wurde Köln gewählt.

Die Landwirtschaftliche Provinzial-Genossenschaftskasse für Brandenburg hat zur Erörterung über die Frage einer Ermäßigung der Fleischpreise durch Wirtung des Genossenschaftswesens an 28 Magistrate und Fleischerinnungen von märkischen Städten bereits vor einiger Zeit Einladungen ergehen lassen, auf welche die meisten Städte und ebenso auch einige Fleischerinnungen ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den Beratungen erklärt haben. Die Provinzialgenossenschaftskasse umfasst 600 Genossenschaften mit 40 000 Mitgliedern. Die Beratungen werden bereits in der nächsten Zeit beginnen.

## Der Balkan.

### Die österreichische Delegation.

hielt am Montag abend eine Sitzung ab, in welcher die zweite Lesung des Budgets des Ministeriums des Äußeren begangen wurde. Der Berichterstatter Marquis Bacquhem erklärte, es sei allerdings in Angelegenheiten schwer, noch den nötigen Optimismus aufzubringen, um an eine Verhütung des Krieges auf dem Balkan glauben zu können. Da indessen die Gesamtnote der Vorkämpfer an die Vorkämpfer bis zur Stunde nicht überreicht worden sei, wachte man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß es den einschlägigen Behörden der Mächte gelingen werde, den Krieg zu verhüten. Allein selbst wenn dies nicht gelänge, so sei die allmählich vorhandene Einigkeit der Mächte eine sichere Bürgschaft für eine Lokalisierung des Krieges. Delegierter Dr. v. Fürstner betonte, der Schlüssel der Lage liege unter allen Umständen darin, daß die Mächte sich über einen Reformplan in Makedonien und die Gewähr für dessen Durchführung einigten. Es wäre auf das beharrlichste zu begreifen, wenn in nächster Stunde die Erhaltung des Friedens gelänge; falls der Ausbruch des Krieges aber unabwendbar sei, so wäre dessen Lokalisierung eine unbedingte Notwendigkeit. Es sei aber selbstverständlich, daß, wenn die Stunde der endgültigen Regelung der Verhältnisse auf dem Balkan schlage, Österreich seine Interessen klar und vernünftig sprechen lassen werde. Die Delegation werde sich für die Erhaltung des Friedens gerüstet halten. Der Graf Berchtold schloß mit vollem Vertrauen auszusprechen. Delegierter Fürst Schwarzenberg sprach den Grafen Berchtold namens der Mächte des Barentenreiches volles Vertrauen in seine im Zusammenhang mit den übrigen Großmächten auf Erhaltung des Friedens und Besserung der Lage der christlichen Bevölkerung der Türkei gerichteten Politik aus, sowie das Vertrauen in die vom Minister bekundete Absicht, die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Interessen Osteuropas auf dem Balkan in einer der Würde und der Stellung der Monarchie entsprechenden Weise unter allen Umständen zu wahren. Auf eine Anfrage des Delegierten Wolffski erklärte Minister des Äußeren Graf Berchtold: Die Meldung über russische erfolgte Probemobilisierungen beruhen auf Wahrheit, doch könne dieselben schon deshalb keine bevorzugsregende Bedeutung zugeschrieben werden, als die militärischen Übungen bereits im Frühjahr dieses Jahres in Aussicht genommen worden seien. Er möchte gegenüber den zum Ausbruch gekommenen Verlangnissen auf das eben jetzt eingeleitete Zusammengehen mit Russland hinweisen.

Ministerpräsident Boinarski hatte eine Unterredung mit dem russischen Minister des Äußeren Sazonow, in der er diesem die Antwort Großbritanniens mitteilte, aus der hervorgeht, daß das Einernehmen in sich den Mächten über die Beibehaltung, unter denen sowohl bei den Balkanländern als in Konstantinopel Schritte unternommen werden sollen, hergestellt ist.

Der russische Minister des Äußeren Sazonow ist in Begleitung des Kammerherrn Barons von Schilling Montag mittags von Paris nach Berlin abgereist.

Im englischen Unterhaus erklärte Staatsminister Grey, die Schwere der Lage für die Türkei, auf der einen Seite angesichts der Mobilisierung der Balkanstaaten und Reformen zu scheitern, und auf der anderen Seite, die Balkanstaaten davon zu überzeugen, daß die verpodierten Reformen das Wohlergehen der makedonischen Bevölkerung wirklich sichern würden. Weiter seien endgültige Vorläufe für gemeinsame Schritte gemacht worden, die durch die Großmächte und in ihrem Namen unter-

nommen werden sollen, um die Schwere der Lage für die Türkei, auf der einen Seite angesichts der Mobilisierung der Balkanstaaten und Reformen zu scheitern, und auf der anderen Seite, die Balkanstaaten davon zu überzeugen, daß die verpodierten Reformen das Wohlergehen der makedonischen Bevölkerung wirklich sichern würden. Weiter seien endgültige Vorläufe für gemeinsame Schritte gemacht worden, die durch die Großmächte und in ihrem Namen unter-

nommen werden sollen, um die Schwere der Lage für die Türkei, auf der einen Seite angesichts der Mobilisierung der Balkanstaaten und Reformen zu scheitern, und auf der anderen Seite, die Balkanstaaten davon zu überzeugen, daß die verpodierten Reformen das Wohlergehen der makedonischen Bevölkerung wirklich sichern würden. Weiter seien endgültige Vorläufe für gemeinsame Schritte gemacht worden, die durch die Großmächte und in ihrem Namen unter-

nommen werden sollen, um die Schwere der Lage für die Türkei, auf der einen Seite angesichts der Mobilisierung der Balkanstaaten und Reformen zu scheitern, und auf der anderen Seite, die Balkanstaaten davon zu überzeugen, daß die verpodierten Reformen das Wohlergehen der makedonischen Bevölkerung wirklich sichern würden. Weiter seien endgültige Vorläufe für gemeinsame Schritte gemacht worden, die durch die Großmächte und in ihrem Namen unter-

nommen werden sollen, um die Schwere der Lage für die Türkei, auf der einen Seite angesichts der Mobilisierung der Balkanstaaten und Reformen zu scheitern, und auf der anderen Seite, die Balkanstaaten davon zu überzeugen, daß die verpodierten Reformen das Wohlergehen der makedonischen Bevölkerung wirklich sichern würden. Weiter seien endgültige Vorläufe für gemeinsame Schritte gemacht worden, die durch die Großmächte und in ihrem Namen unter-

nommen werden sollen, um die Schwere der Lage für die Türkei, auf der einen Seite angesichts der Mobilisierung der Balkanstaaten und Reformen zu scheitern, und auf der anderen Seite, die Balkanstaaten davon zu überzeugen, daß die verpodierten Reformen das Wohlergehen der makedonischen Bevölkerung wirklich sichern würden. Weiter seien endgültige Vorläufe für gemeinsame Schritte gemacht worden, die durch die Großmächte und in ihrem Namen unter-

nommen werden sollen, um die Schwere der Lage für die Türkei, auf der einen Seite angesichts der Mobilisierung der Balkanstaaten und Reformen zu scheitern, und auf der anderen Seite, die Balkanstaaten davon zu überzeugen, daß die verpodierten Reformen das Wohlergehen der makedonischen Bevölkerung wirklich sichern würden. Weiter seien endgültige Vorläufe für gemeinsame Schritte gemacht worden, die durch die Großmächte und in ihrem Namen unter-

## Deutsches Reich.

In Sachen Traub. Die beim Staatsministerium von dem Dortmunder Pressbeterium der Reinaldi-Kirchengemeinde in Sachen Traub erhobene Beschwerde ist zurückerwiesen worden.

\* **Freier von Nichtlohen-Danzdorf**, heute, am 8. Oktober, vollendet das 70. Lebensjahr. Fürst von Nichtlohen hat auch den 70. Lebensjahr erreicht und dort eine beachtenswerte Tätigkeit entwickelt. Möge dem hochbetagten Vorkämpfer und Vorkämpfer der konservativen Weltanschauung vergönnt sein, noch lange im Dienste des Vaterlandes zu wirken!

\* **Keine Änderung des Wahlrechts in Hamburg.** Die Bürgererschaft in Hamburg hat heute die Anträge auf Abänderung des Wahlrechts abgelehnt, und zwar den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und den Antrag der vereinigten Liberalen auf Aufhebung des Majoritätswahlrechts abgelehnt. Interessant hierbei sind einige Ergebnisse der Debatte. Der Vorsitzende des liberalen Antrages, Dr. Peterzen, erklärte, daß ihm der „rote“ Antrag zu radikal sei, als daß er verteidigt sei, „den Staat einer derartigen plötzlichen Demotisation aussetzen“, daß man nicht alle Stanten über einen Kamm scheren und nur in einer vernünftigen geschichtlichen Entwicklung fortfahren könne. — Was der Redner in Hamburg für nicht angebracht hielt, den Staat einer plötzlichen Demotisation aussetzen, gilt in viel höherem Grade von Preußen, denn Preußen ist als größter Bundesstaat in sehr viel höherem Grade als irgend ein anderer Staat ein Träger von nationalen Interessen und hat in einer vernünftigen geschichtlichen Entwicklung fortfahren könne. — Was der Redner in Hamburg für nicht angebracht hielt, den Staat einer plötzlichen Demotisation aussetzen, gilt in viel höherem Grade von Preußen, denn Preußen ist als größter Bundesstaat in sehr viel höherem Grade als irgend ein anderer Staat ein Träger von nationalen Interessen und hat in einer vernünftigen geschichtlichen Entwicklung fortfahren könne.

**Fleischsteuerung und Schutzpolitik.** Der Beweis, daß die deutsche Vieh- und damit auch die deutsche Fleischproduktion bedeutend mehr als die Bevölkerungszahl in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist, ist durch die neuerdings erfolgten amtlichen Veröffentlichungen erbracht. Wenn das Fleisch knapp und infolge dessen teuer geworden ist, so kann der Grund nur darin liegen, daß der Deutsche im allgemeinen und namentlich die breiten deutschen Bevölkerungsschichten jetzt mehr Fleisch als früher konsumieren. Leider läßt es sich nicht feststellen, daß dieser Anstieg sich immer mehr auf die besseren Fleischsorten richtet. Aber auch dies ist Zufall, und mit hieran hat die Fleischsteuerung ihren Grund. Wenn nur der Deutsche im Durchschnitt immer mehr und immer besseres Fleisch konsumiert, so muß er doch, da der Fleischgenuss im Verhältnis zum Konsum anderer Nahrungsmittel teuer ist, die Mittel dazu haben. Daß er sie hat, ist in der Hauptsache auf die Dauernde und reichliche Arbeitsgelegenheit zurückzuführen, die sich in den letzten drei Jahrzehnten der deutschen breiten Massen darbieten hat, und diese Arbeitsgelegenheit ist auf die Politik des Staates der nationalen Arbeit zurückzuführen, die in den letzten drei Jahrzehnten befolgt worden ist. So kommt man immer wieder darauf zurück, daß die Möglichkeit des größeren und besseren Fleischkonsums nur aus der Erhaltung der Schutzpolitik verbunden ist. Darum aber sollten auch die entsprechenden Lehren gezogen werden. Angesichts der jetzigen besonders teuren Fleischpreise, gegen die ja von den Regierungen Maßnahmen ergriffen sind, mit deren Durchführung sich gegenwärtig die Gemeinden befassen, sind die Sozialdemokraten und die Freiwähler tagtäglich bemüht, die Aufhebung der



Schritt zu befürworten. Demgegenüber muß immer von neuem darauf hingewiesen werden, daß zwar die Aufhebung der landwirtschaftlichen Schutzzölle die Nahrungs- mittel ungeteilt für billigeren würde, daß sie aber auch der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung einen schweren Stoß verlegen würde. Ferner sind die landwirtschaftlichen Zölle mit den industriellen untrennbar verbunden. Fallen auch diese, so würden auch die deutschen Industrie-Erzeugnisse auf dem deutschen Markt überflüssig werden. In beiden Fällen würden die Folgen Einengungen der Arbeitslosigkeit sein, die gerade die deutsche Arbeiterkraft, der billigen Nahrungsmittel zugute kommen sollen, ja so schwer schädigen würden, daß dieser Nachteil weit mehr ins Gewicht fallen würde, als der Vorteil ausmache, der ihr aus den billigen Nahrungsmitteln erwüchse. Es bleibt also dabei, daß wenn Sozialdemokratie und Freihandel die gegenwärtigen teuren Fleischpreise, die hoffentlich eine bald vorübergehende Erscheinung darstellen, dazu benutzen, um gegen die bedrohte Schutzpolitik Sturm zu laufen, sie lediglich ihre Parteinteressen, nicht aber das Wohl des deutschen Volkes im Auge haben. Nichts wäre verkehrter, als die jetzigen teuren Fleischpreise zum Anlaß für die Einleitung einer Aktion zwecks Aufhebung der Schutzpolitik zu nehmen. Es kann aber auch festgestellt werden, daß weder in den Kreisen der Regierungen noch in denen der Mehrheit des Reichstages an eine derartige, den Wünschen der Sozialdemokratie und der Grundhändler entsprechende Aktion gedacht wird.

**Nach nicht getreift werden darf.**  
Besamlich schon als die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften als ihr bester Recht an, Schutzhörungen und Arbeitsverfahrungen durch Streiks zu erziehen. Der Streik wird vielfach entgegen jeder Tarifvereinbarung dem Jaune gebrochen, und die Gewerkschaften zahlen trotzdem den Streikenden modern, ja monatlich diejenige Summe aus: vorausgesetzt, daß in einem bürgerlichen Betriebe gesucht wird. Wie ganz anders verhalten sich diese freien Gewerkschaften, wenn es in einem sozialdemokratischen Betriebe zu einem Streik kommt, bemerkt die Klasse des Fabrikarbeiterverbandes in Meica. Die Arbeiter der sozialdemokratischen Seifenfabrik in Gröda bei Meica hatten bis zum April dieses Jahres Teuerungszulagen erhalten. Die Arbeiterchaft hatte gerade dieses Jahr, wie die Seifenmischungsarbeiten, die Teuerungszulagen von der Rechnungszulagen von ihrer sozialdemokratischen Fabriksektion erhofft. Weil sie sich in ihrer Erwartung enttäuschten, traten sie nach langen vergeblichen Vorstellungen am 2. Juli in den Streik. Schwer enttäuscht ließ sich über die sozialdemokratischen Arbeiter, als sie ihre Streikunterstützung rechneten. Sie blieben ebenso aus wie die beigelegte, Solidaritätserklärung der verwandten freien Gewerkschaften. Den nach dem Streik folgenden Tagungen des Streikenden, ohne auch nur das Geringste erreicht zu haben, in die Seitenarbeit zurückzuführen.

**Internationale Konferenz zur Regelung des Ausstellungenwesens.**  
Wie die Nord. Allg. Ztg. mittelt, tritt auf Einladung der Kaiserlichen Regierung am 8. Oktober im Reichstagsgebäude eine internationale Konferenz zur Regelung des Ausstellungenwesens zusammen, an der außer Vertretern der deutschen Regierung Vertreter Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Ungarns, Rußlands, Schwedens, der Schweiz, Spaniens und der Vereinigten Staaten teilnehmen. Der Konferenz stehen bedeutende Aufgaben bevor. Sie soll ihren Beratungen verschiedene deutscherseits aufgestellte Theorien und einen Vertragsentwurf, den die Kaiserliche Regierung den eingeladenen Staaten hat zugehen lassen, entgegen setzen und den Verhandlungen, gemäße Fragen aus dem wichtigen und weiten Gebiete des Ausstellungenwesens international zu regeln. Insbesondere soll die Auffassung von Worten angetrebt werden, welche die allzu schnelle Auseinanderlösung großer internationaler Ausstellungen in Zukunft verhindern. Wie helfen, so erklärt die Nord. Allg. Ztg. der Kaiserlichen Regierung auf einem Empfangsabend im Reichstagsgebäude sein werden, hiermit herzlich willkommen und sprechen die Hoffnung aus, daß es ihnen in gemeinsamer Tätigkeit mit den deutschen Delegierten gelingen werde, die Arbeiten der Konferenz zu einem günstigen Abschluß zu bringen.

**Arbeiterbewegung in Oesterreich.** Am Sonntag fanden in oberösterreichischen Innviertel ein befristet einmündig Besamlich von Mitgliedern der polnischen Berufsvereinigungen unter den Bergarbeitern statt. Gefordert wurden Lohn-erhöhungen, der Mühsandtag unter Anrechnung der Ein- und Ausfahrt, Verbesserung der Arbeitsordnung uhn. In der Entscheidung, welche die Forderungen zusammenfassen, werden die Grubenverwaltungen ersucht, mit den Arbeiterausschüssen in Unterhandlungen zu treten und bis zum 27. Oktober Antwort zu erteilen. Ferner wird gefordert, daß die Grubenverwaltungen die Unterstützung von Gemannterungsbestrebungen bei polnischen Arbeitern unterlassen mögen. In einer weiteren Entscheidung werden die Gemeinden aufgefordert, im Hinblick auf die allgemeine Teuerung Fleischverkaufsstellen einzurichten.

**Der Verband deutscher Krankenassen auf nationaler Grundlage.** Am 20. September hat sich in Köln ein Verband deutscher Krankenassen auf nationaler Grundlage gegründet. Im ganzen sind dem neuen Verbande bisher 47 Krankenassen mit 200 000 Mitgliedern beigetreten.

**Ein Reichsgesetz zur Regelung der Wandererfürsorge.** Wie wir hören, wird bei den beteiligten Reichs- und preussischen Stellen ein Reichsgesetzentwurf zur Regelung der Wandererfürsorge vorbereitet, der die Einführung von Fürsorgeeinrichtungen für mittellose Wanderer für alle Bundesstaaten betrifft. Das württembergische Gesetz, das sich in den letzten Jahren, hat sich in den letzten Jahren von über 74 000 Wanderern in Anspruch genommen, die Verpflegungskosten für sie betragen etwa 7 000 000 Mark, so daß auf den Wanderer 1 Mark entfallen würde. Durch die Arbeitslosigkeit, die mit den Stätten in Verbindung standen, konnten über 1400 Wanderer in Stuttgart gebracht werden. Mithin ist ein wesentlicher Mangel der Strafgerichtshöfe festgestellt worden. Die Haftvollstreckungsstellen, die A. 1901/02, im Jahre 1908/09 auf 33 900 Mark, im Jahre 1910/11, und die Transportkosten für die Gefangenen sogar um ein Viertel.

## Ausland.

### Der Kinematograph im Dienste der militärischen Ausbildung.

Die französische Heeresleitung hat der „Armico“ zufolge beschlossen, den Kinematographen in den Dienst der militärischen Ausbildung zu stellen. In einer ganzen Reihe von Regimentern sind Instruktionstunden eingeführt

worden, in denen der Apparat als Lehrer der Taktik wirkt. Man will auf diesem Wege sowohl den Mannschaften als auch dem Unteroffizierskorps einen Einblick in das Wesen der militärischen Taktik geben, da ja im Wandel der einzelnen Soldat die Taktik in unvorstellbarem Zusammenhang der Truppenbewegungen nicht erlassen kann. Es sind schon bei den letzten Manövern eine große Anzahl Mannschaften gemacht worden, die fortan in den Kasernen vorgeführt werden.

## Die Luftschiffahrt.

### Das Reichsmarine-Luftschiff.

Das unter Führung des Grafen Zeppelin am 7. Oktober um 9 Uhr 30 Min. in Friedrichshagen aufsteigen wird, ist in Stuttgart am 11 Uhr 15 Min. glatt gelandet. Die Fahrt, die über Rommshausen das Schweizer Seeufer entlang ging, ist völlig einwandfrei verlaufen.

### Das Luftschiff „Hansa“

hat auf dem ersten fünfjährig Fahrten 9495 Kilometer in 189 Std. 23 Min. zurückgelegt und einschließlich des Piloten 1215 Personen befördert.

### Bombenwurfversuche.

Der Flieger Koller, der nachmittags auf dem Jubiläumsterrasse für Hamburg Schauläge von 25 und 5 Min. Dauer ausführt, beachtliche, heute früh nach Berlin auf- und in Döberitz eine Zwischenlandung zu machen, um dort an Bombenwurfversuchen teilzunehmen.

## Provinz Sachsen und Umgebung.

### Die 18. Thüringer Lehrerversammlung

wurde in Saalfeld durch Schuldirektor Witorsch-Silbuhrgaußen eröffnet. Schuldirektor Dr. Kaniel-Saalfeld hielt einen Vortrag über das Thema „Die Wächterfortbildungsschulen“. Die Versammlung erkannte die Notwendigkeit der Gründung der Wächterfortbildungsschule in allen Thüringischen Staaten unter Annahme der Leitlinie an. Lehrer Volz-Weimar beleuchtete die wirtschaftliche Lage der thüringischen Volksschullehrer und verlangte in den angenommenen Beschlüssen eine durchgreifende Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der thüringischer Lehrer. Abends fand in der Johannistirche ein Konzert unter Leitung des Kirchenmusikdirektors Köhler statt.

### Ein deutsches Seffspiel für Leipzig 1913.

Der mit der Wahl des Dichters für ein deutsches Seffspiel betraute Ausschuss des großen deutschen Turnfestes, das im kommenden Jubiläumsjahre in Leipzig abgehalten wird, hat den jungen Dramatiker Ulrich Steindorff gewählt, nachdem auch Hofrat Maxterstich diesen Vorschlag in einem ausführlichen Gutachten befürwortet hat. Das Werk, das dem Regisseur auch Gelegenheit zur Entfaltung großer Regiekraften bieten wird, soll zuerst in der 5000 Personen fassenden Leipziger Alberthalle in Szene gehen. Ulrich Steindorff ist bisher mit zwei größeren dramatischen Arbeiten herorgetreten, mit einer Tragödie „Banthea“ und mit einer Komödie „Frau Kardinal“, die erit jetzt erscheinen soll.

**Leipzig, 7. Okt. (Zingbeutland.)** Am vergangenen Sonntage feierte die Jugend der Leipziger „Jugenddeutschland“ ihr erstes Jubiläum. Der Leiter der Bewegung, Herr Oberleutnant d. L. Dr. Kirch, konnte u. a. den Bezirkskommandeur, Herrn Oberleutnant Sped u. Sternburg, die Spitzen der Behörden und viele hiesige und auswärtige Offiziere als Gäste begrüßen. Eine lautenstimmige Meinungsmeinung füllte den Saal des Stabes, in dem die Feierlichkeiten stattfanden. Die große Festhalle der Jugend, die in Leipzig, ein Zeichen für die große Beliebtheit der Bewegung aufweisen, auch soll bereits in der ersten. Täglich können neue Jungmännchen zur Sache der Jugendbewegung, ein Beweis dafür, daß die Leipziger Jugendbewegung mit ihren Bestrebungen auf dem richtigen Wege ist.

**Salzwedel, 7. Okt. (Wumetung.)** — **Wahnau.** Vier soll ein Wahnung nach Wahn der Deutschen Jugendbewegung abgehalten werden, und zwar Ende dieses Monats. Aus diesem Anlaß soll ein besonderer Aufbruch stattfinden, auch soll bereits werden, eine Fahrt des Luftschiffes „Hansa“ hierher zu bezeichnen. Zehn Herren haben sich bereits zur Passagierfahrt gemeldet; auch die Garantiesumme von 300 Mark ist sichergestellt. — Der ursprünglich für den Herbst in Aussicht genommene Bau der neuen Staatsbahn Salzwedel-Andree wird nach neuer Bestimmung erst im nächsten Jahres, der Bau der Strecke Andree-Geesthoburg drei bis vier Monate später begonnen werden.

## Kongresse und Ausstellungen.

**22. Hauptversammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer.** In Rofen wurde am Sonnabend der diesjährige Bundeskongress der Deutschen Bodenreformer eröffnet. Den ersten Vortrag hielt der langjährige Führer der Bewegung, Adolf Heimann, über: „Die deutsche Bodenreform im Jahre 1913“. Ein besonderes Wort wendete er dem Abenden des ersten Präsidenten der Anstellungscommission in Rofen, Erzengel v. Wittenberg, der in seinen letzten Lebensjahren als Mitglied des Bundes dem Werke der Bodenreform gebient habe. Weiter wies er auf die Tätigkeit und die Erfolge des Bundes hin. Nicht weniger als 170 Männer und Frauen nahmen im letzten Jahr in ganzen Reich in den verschiedensten Veranlassungen Bodenreformvorträge gehalten. Von den Neueinsteigern des Bundes ist zu erwähnen, die „Deffentliche Anstaltsstelle für Fragen des Bauhandwerkerwesens und der Zunftangelegenheiten“. Einen großen Erfolg habe der Cherturris für landwirtschaftliche Fortbildung erlangt. In diesem Jahre sind über 600 Bauhandwerker aus 190 Orten vor. Seit dem letzten Bundeskongreß hat sich der Bund an Einzelmitgliedern um 2200, an korporatistischen Mitgliedern um 165 vermehrt. Die Gesamtsatz der fürpersönlich angegliederten Organisationen, die 1906 26 betrug, ist heute 748. Die Bodenreformer rechnen nicht den „Zentralverband Deutscher Bodenreformer“ zu den Gegnern, denn die Zeit ist nicht fern, daß der solide Bauhandwerker die Rechte der Bodenreformer kommen werde. Die bedeutendste Kampfanstaltion liegt bei der „Schubverband für Grundbesitz und Realrecht“.

Aus der Reihe der weiteren Referate ist zu nennen der Vortrag des Oberbürgermeisters v. Wagner-Ilm über: „Aus der Praxis einer Bodenreform in der Gemeinde Ilm“. Die Stadt Ilm, die als erste Gemeinde des Bundes Deutscher Bodenreformer fürpersönlich angegliedert wurde, hat dort für 240 bis 300 Mark an jährlichen Ausgaben sich ein Einfamilienhaus bauen und habe dazu ein Grundstück erhalten. Gehnmal Prof. Dr. Erman-Künster forderie in seinem Vortrag über „Die Erbauung der Wohnung“ die Erbauung des Erbauungsrechts durch gesetzliche Festlegung der Bedingungen, unter denen eine Vereinfachung in der Erbauung erfolgen könne. Prof. Erman sieht den besten Weg zu einer Vereinfachung der Wohnungsverhältnisse in einer planmäßigen, auf das Erbauungsrecht gegliederten Gemeinwesenpolitik mit weitestmöglicher Kleinbauweise und, ein Beispiel der Gemeinwesenpolitik. Die Erbauung der Erbauungsrechte durch gesetzliche Festlegung der Bedingungen, unter denen eine Vereinfachung in der Erbauung erfolgen könne. Prof. Erman sieht den besten Weg zu einer Vereinfachung der Wohnungsverhältnisse in einer planmäßigen, auf das Erbauungsrecht gegliederten Gemeinwesenpolitik mit weitestmöglicher Kleinbauweise und, ein Beispiel der Gemeinwesenpolitik. Die Erbauung der Erbauungsrechte durch gesetzliche Festlegung der Bedingungen, unter denen eine Vereinfachung in der Erbauung erfolgen könne. Prof. Erman sieht den besten Weg zu einer Vereinfachung der Wohnungsverhältnisse in einer planmäßigen, auf das Erbauungsrecht gegliederten Gemeinwesenpolitik mit weitestmöglicher Kleinbauweise und, ein Beispiel der Gemeinwesenpolitik.

**Reis und Bodenreform** hat, wie unsere oben gebaute Großstadt keinen Raum für Spiel- und Erholungsplätze aufweisen, wie die engen und überfüllten Wohnungen die Gesundheit unseres Volks auf das größte gefährden. Nur durch eine großzügige Bodenreform könne das Wohnungsproblem beseitigt werden. Weiter sprach Prof. Heimann über die Bodenreform im Jahre 1913. Er meinte, daß die Bodenreformverträge im Augenblick auf das notwendigste beschränkt werden müssen. Prof. Heimann trat dafür ein, daß schon in der Schule die landwirtschaftliche Erziehung eingeführt werde. Am Schluß des zweiten Veranlassungsganges fand eine geschlossene Mitgliederversammlung statt. Adolf Danneberg wurde wieder als erster Vorsitzender gewählt.

### 12. Deutscher Fortbildungsschulung.

Die Beratungen des 12. Deutschen Fortbildungsschulungstages in Aachen wurden am Sonnabend mit Abteilungsbesprechungen fortgesetzt. — In der landlichen Abteilung sprach Hr. Lemke-Verlin über den Unterricht der Handwerkerschulen in der landlichen Fortbildungsschule. Er stellte in seinem Referat folgende Forderungen auf: Obwohl der naturwissenschaftliche Unterricht der Handwerkerschulen manches geben könne, erweise es doch in manchen Schulen mit einer verhältnismäßig großen Zahl von Handwerkerschulungen zweckmäßiger, den naturwissenschaftlichen gegen den wirtschaftlichen und bürgerlichen Unterricht zurücktreten zu lassen. Die Lehungen im Deutschen und Rechnen müßten ausgenommen werden, daß sie auf den Beruf gerichtet seien. Für viele Lehungen sei ein Fachunterricht unbedingt notwendig. Ueber „Handelslehre als Lehrgang in der Fortbildungsschule“ sprach Direktor Schmidt-Saarbrücken. Seine Forderungen gipfelten im wesentlichen in folgendem: Die Handelslehre, die mit dem Unterricht im Deutschen und Schriftverkehr zu einer Einheit zu verbinden sei, dürfte das führende Fach der Fortbildungsschule. Sie habe die Aufgabe, den Lehrgang unter großen, einheitlichen Gesichtspunkten die wichtigsten kaufmännischen, handelsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Begriffe zu vermitteln. — Den letzten Vortrag hielt Pauline Stoffels-Verlin über die „Fortbildungsschule für Fabrikarbeiterinnen“. Sie führte u. a. aus: Ein Blick auf die Lage der jugendlichen Fabrikarbeiterinnen gegenüber den Lehrenden in Handel und Gewerbe lehre die Notwendigkeit einer besonderen Fortbildungsschule erkennen, die deren Bedürfnisse Rechnung trage. Das erzieherische Moment müsse in den Vordergrund treten. Die Fortbildungsschule für die Fabrikarbeiterinnen bestche in der Lebens-, Berufs- und hauswirtschaftlichen Ausbildung. Den Schülerinnen müsse Gelegenheit zu körperlicher und geistiger Erziehung durch Spiele, Wanderungen usw. gegeben werden. Es sei zu wünschen, daß vom 1. April 1913 ab alle gewerblichen Arbeiterinnen, ob gelernt oder ungelern, zum Besuch der Fortbildungsschule auf drei Jahre verpflichtet werden. — Mit einem Ausblick nach dem Rheinischen schloß die Tagung ab.

### Zweiter Deutscher Schulreform-Kongreß.

Am letzten Besatzungstage des zweiten Deutschen Kongresses für Schulreform stand das Thema zur Erörterung: „Die aus dem Besatz der Bildung für ergebenden Forderungen für die Fortbildung auf der „Schule“. Vom Kongreß wurden die höchsten Schulen aus sprach Prof. Dr. Rudolf Schumann-Rofen. Das Kongreß hatte Professor Dr. Alexander Wendt-Strauszweig übernommen.

## Letzte Telegramme.

**Todesfall.**  
Berlin, 9. Oktober. Der ehemalige Landpalastmeister Kaiser Wilhelms I., Generalmajor Eugen v. Meyer, ist in Hamburg, wo er bei Verwandten weilt, gestorben.

**Schwierigkeiten bei der Berliner Feuerwehr.**  
Berlin, 8. Oktober. Die Unstimmigkeiten zwischen dem Berliner Feuerwehrgenossen und der Rettung der Mannschaften der Feuerwehr die Aufforderung ausgeht, aus dem Verein der Feuerwehrgenossen binnen drei Tagen auszutreten. Der genannte Verein hatte seine Satzungen auf Veranlassung des Polizeipräsidenten kürzlich geändert. Der Änderung wurde die Genehmigung verweigert. Der Verein nahm gegen diese eine Resolution an dahingehend, die Mitglieder würden dem Verein trenn bleiben und sich nicht zum Austritt bringen lassen.

**Ausland in der Brieffabrik.**  
Helsink, 8. Oktober. In der hier bekannten Brief- und Postfabrik von Christian Höpfer sind gestern gegen 100 Arbeiter in den Ausstand getreten. Sie fordern Einführung eines festen Lohnsatzes und Verkürzung der Arbeitszeit für männliche Arbeiter auf 10½ und für weibliche auf 10 Stunden. Der Betrieb der Fabrik kann nach aufrechterhalten werden.

**Littpost zwischen Deutschland und Dänemark.**  
Kopenhagen, 8. Oktober. Nach einem Abhandelt hat die deutsche Reichspostverwaltung der dänischen vorge-schlagen, einen regelmäßigen Luftpostdienst zwischen Deutschland und Kopenhagen einzurichten, der namentlich dann in Wirklichkeit treten soll, wenn die ungenügenden Eisverbindungen den regelmäßigen Luftverkehr zwischen dem Kontinent und den nordischen Ländern unterbrechen.

**Vom Balkan.**  
Sofia, 8. Okt. Die Sobranje hat allen ihr vorgelegten Gesetzentwürfen unbedingte Zustimmung und die Antwort auf die Thronrede angenommen. Die Antwort hat etwa folgenden Inhalt: Die Abgeordneten würdigen die kritischen Ereignisse, welche die allgemeine Mobilisierung der Streitkräfte des Königreichs und die Erklärung des Belagerungszustandes herbeigeführt haben. Die bulgarische Nation wird, wenn es sich um die Verteidigung der höchsten Interessen Bulgariens handelt, mit ihren Vertretern auf dem Altar des Vaterlandes alle unermesslichen Opfer darbringen. — Darauf folgte der Ministerpräsident die Sitzung mit folgenden Worten: Die Volkvertretung hat alle legislativen Maßnahmen, welche die Regierung ihr vorgelegt hat, angenommen. Wir wollen hoffen, daß das Schicksal in der endgültigen Schaffung des Friedens und in dem höchsten Glück Bulgariens bestehen wird. (Ausklang des Besatz.) Die Abgeordneten haben zugunsten der Annullation von Militärflugszeugen auf ihre Wägen verzichtet.

## Kurorte und Reisen.

**Das Salzbrunn.** Bei Beginn der Herbstferien mit natürlichen Mineralquellen sei daran erinnert, daß einer der bedeutendsten Mineralquellen des vorigen Jahrhunderts, Herr Prof. Dr. v. Freytag-Berlin, über die Wirklichkeit der hiesigen Salzbrunn-Quelle in der letzten Zeit folgende Bemerkungen hat: „Die Mineralquelle in Salzbrunn sollte für ein vorzügliches diätetisches Getränk, welches als solches von mir und meiner Familie schon seit langer Zeit gebraucht wird.“





Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and other financial metrics. Includes sections for 'Berliner Börse', 'Wechselkurs', and 'Schwachsinnige Aktien'.

Vertical text on the right side of the page, likely containing news or commentary related to the market data.